



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTH
u. MULARTSHÜTTE*

DIE GRÜNEN *informieren*

Nr. 19 September 89

Wir informieren über : _____

Rückblick • § 218

Fairplay im Wahlkampf

Kindergarten + Kosten

Umsteiger - Hochdruckreiniger



5 Jahre GRÜNE

im Roetgener Rat

An dieser Stelle möchte ich versuchen, die Erfahrungen mit der Kommunalpolitik in der Gemeinde Roetgen in den vergangenen 5 Jahren zusammenzufassen. Dabei sind in die Darstellung ganz bewußt auch persönliche Auffassungen und Bewertungen mit einge-
gangen.

Die erste Frage, die sich jeder in der Fraktion, aber auch jede Wählerin und jeder Wähler stellt:

"Hat es sich gelohnt und haben DIE GRÜNEN etwas bewirken können?"

Ein klares "JA!" können wir hier zur Antwort geben. Zwar ist es uns nur äußerst selten gelungen, für unsere Anträge im Rat eine Mehrheit zu finden, aber andererseits bewirkte alleine unsere Gegenwart, daß sich die anderen Parteien mit neuen Themen und Auffassungen auseinandergesetzt haben. Einige Beispiele mögen dies belegen:

1. Auch bei den Politikern von CDU und SPD finden sich inzwischen Ansätze für ein Umdenken bezüglich des Straßenbaus. Nicht immer hat das Auto noch die Priorität, die es vor gar nicht langer Zeit besaß. Es werden inzwischen auch die Bedürfnisse anderer Verkehrsteilnehmer und die Sorgen betroffener Anlieger bei den Entscheidungen berücksichtigt. Neben der politischen Präsenz der GRÜNEN haben hierzu sicherlich auch die zahlreichen Anträge von Bürgern beigetragen, die um das Wohl ihrer Kinder besorgt waren. Wir wünschen uns, daß solche "Bürgeranträge" weiterhin in großer Zahl beim Rat eingehen.

2. Eine Reihe von Anträgen wurden schon zu Beginn der Wahlperiode zur "Abfallentsor-

gung" gestellt. Dies war für die Gemeinde Roetgen ein völlig neues Thema. Leider waren die anderen Parteien nicht bereit, sich über ein umfassendes Konzept zur Abfallproblematik zu unterhalten, so daß im Laufe der Jahre lediglich einige Einzelmaßnahmen beschlossen werden konnten.

3. Soll und darf man in Roetgen einfach immer mehr Baugebiete erschließen, egal ob etwa Belange des Landschaftsschutzes dagegen sprechen? Auch diese Frage wird ernsthaft diskutiert, seit die GRÜNEN hier für den Schutz der Natur eingetreten sind. Die Erweiterung der Wohnbebauung in Rott durch eine Flächennutzungsplanänderung wurde so erst nach langen Diskussionen, bei denen gerade die SPD für eine bedingungslose Baulandausweisung sprach, beschlossen. Nur durch den Widerspruch des Regierungspräsidenten, der hier offensichtlich weitsichtiger denkt als viele Politiker in Roetgen, konnte das Projekt in Rott verhindert werden.

4. Neben diesen politischen Fragen trugen die GRÜNEN auch wesentlich dazu bei, daß Fehlverhalten innerhalb der Verwaltung aufgedeckt wurde. Insbesondere im Umgang mit den Bebauungsplangebieten "Gewerbegebiet" und "Schleebachgebiet" hatte sich die Verwaltung erhebliche Unkorrektheiten geleistet, die zu Lasten der betroffenen Anlieger gingen.

Welche Erfahrungen gab es mit den anderen im Roetgener Rat vertretenen Parteien?

Die im folgenden aufgeführten Aspekte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern stellen eine schlaglichtartige Aufstellung dar.

Welche Inhalte sind wichtig ?

Betrachtet man die Intensität, mit der die politischen Themen von den Fraktionen angegangen werden, so fällt einem Merkwürdiges auf:

Da ist man in der Lage, eine geschlagene Stunde über die Frage zu diskutieren, ob und in welcher Form ein "Stationshäuschen" unter Denkmalschutz gestellt werden kann oder ob eine Bushaltestelle nun 10 Meter nach rechts oder links verschoben werden soll. Geht es jedoch darum, die Frage der Müllverbrennung oder Möglichkeiten einer ökologischen Bauleitplanung zu diskutieren, so herrscht betretenes Schweigen in den Reihen von CDU und SPD. Man erklärt sich für nicht kompetent und nicht zuständig. Die unserer Meinung nach wirklich wichtigen Fragen der politischen Arbeit werden von den anderen Fraktionen gerne ausgeklammert. Gerade die SPD müßte hier doch mehr Bereitschaft zeigen, sich auch in komplexere Themenbereiche einzuarbeiten, wenn von ihr eine Zusammenarbeit mit den GRÜNEN angestrebt wird.

Öffentlichkeitsscheu

Die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen legt fest, daß grundsätzlich alle Angelegenheiten öffentlich in Rat und Ausschüssen beraten werden müssen. Ausnahmen hiervon sind nur in besonderen Fällen gestattet. In stiller Eintracht wollten SPD und CDU die Öffentlichkeit jedoch von allen Diskussionen über Baugenehmigungen ausschließen. Offensichtlich besteht bei beiden Parteien die Scheu, offen und ehrlich vor Publikum Aussagen zu treffen, die sich bisweilen auch gegen die Interessen von Bauantragstellern wenden. Erst nach heftigen Protesten von Seiten der GRÜNEN unter Hinweis auf die Rechtslage nahmen SPD und CDU ihren Beschluß zurück.

In die eigene Tasche gewirtschaftet

Wenns ums Geld für das eigene Portemonnaie geht, waren die anderen Fraktionen nicht zimperlich. Nachdem die GRÜNEN den ersten Anlauf zur Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder im Jahre 1986 gerade noch verhindern konnten, war es dann 1987 soweit:

Statt 140,- DM gab es nun 250,- DM für jedes Ratsmitglied. Der Bürgermeister erhält zusätzlich noch 1000,- DM, die Fraktionsvorsitzenden 500,- DM. Für die Fraktionsvorsitzenden bedeutet dies eine stattliche Steigerung von 267%, für den Bürgermeister gar um 416%.

Eine Steigerung der politischen Leistungsfähigkeit im Sinne dieser Prozentzahlen konnte bei den einzelnen Personen nicht festgestellt werden.



Wir GRÜNEN meinen, daß mit diesen Beträgen das Maß für eine "ehrenamtliche Tätigkeit", die ja die Ratsmitgliedschaft nach dem Gesetz darstellt, nicht eingehalten wird. Das von SPD und CDU oft vorgebrachte Argument, man würde mit dem Geld ja die Vereine des Ortes unterstützen, kann keine Entschuldigung darstellen. Denn auf diesem Wege wird das Geld ja parteipolitisch für die eigenen Werbezwecke eingesetzt, dient also letztlich dazu, die eigene Macht zu stärken. Vereinsmitglieder sind schließlich immer auch Wählerinnen und Wähler.

Große Pläne - und was dann ?

Durch die CDU angeregt, wurde im Jahre 1986 ein Verkehrsplan für die Gemeinde Roetgen beschlossen. Hier wurden die Straßen nach ihrer Bedeutung für den innerörtlichen und überörtlichen Verkehr klassifiziert mit dem Ziel, hieraus Maßnahmen zur Verkehrslenkung, Verkehrssicherheit und Verbesserung der Wohnqualität zu erarbeiten und zu verwirklichen.

Bis heute lassen allerdings die Maßnahmen auf sich warten. Nichts ist geschehen. Da fragt man sich doch, ob die CDU mit "ihrem Plan" nicht reine Schaumschlägerei betrieben hat. Sollte mit dem Plan lediglich einem von oben vorgegebenen Diktat Rechnung getragen werden? Hatte man bei der CDU nie die Absicht, diesen Plan auch wirklich umzusetzen?

Die GRÜNEN werden in Zukunft darauf achten, daß kein Papier mehr lediglich für die Schublade vollgeschrieben wird.

Welche Erfahrungen haben die GRÜNEN mit der Verwaltung gemacht?

Die Entscheidungskompetenz über alle Angelegenheiten, die die Gemeinde betreffen, hat grundsätzlich der von den Bürgern gewählte Gemeinderat. Die Verwaltung ist dazu da, die Beschlüsse, die der Rat gefaßt hat, in die Tat umzusetzen. Die Arbeit der Verwaltung sollte immer durch den Rat kontrolliert werden.

Die Realität hinkt leider, wie so oft, hinter dem Anspruch her. Oft ist es nämlich gerade die Verwaltung, die die Zielrichtung der Politik bestimmt. Einige Beispiele mögen dies belegen:

a. Beschlüsse werden immer anhand einer Beschlußvorlage der Verwaltung gefaßt, selbst wenn von den Parteien ein detaillierter Beschlußvorschlag formuliert worden ist. Dabei argumentiert die Verwaltung in ihren Stellungnahmen auch politisch, statt sich auf die reine Darstellung von Fakten und finanziellen Auswirkungen zu beschränken.

b. Eine Kontrolle der Verwaltung findet in der Regel nicht statt. So passiert es immer wieder, daß Beschlüsse des Rates nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Dabei bleibt dann der Eindruck, daß allenfalls der Bürgermeister informiert ist. Das einzelne Ratsmitglied erfährt den Vorgang erst dann, wenn es bereits zu spät ist. So geschehen bei der "Ortskernsanierung", als einige Bäume, die im Plan vorgesehen waren, kurzerhand verwaltungsintern gestrichen wurden. So geschehen bei der Bepflanzung des Gewerbegebietes, das eigentlich schon von einem Grüngürtel umgeben sein sollte.

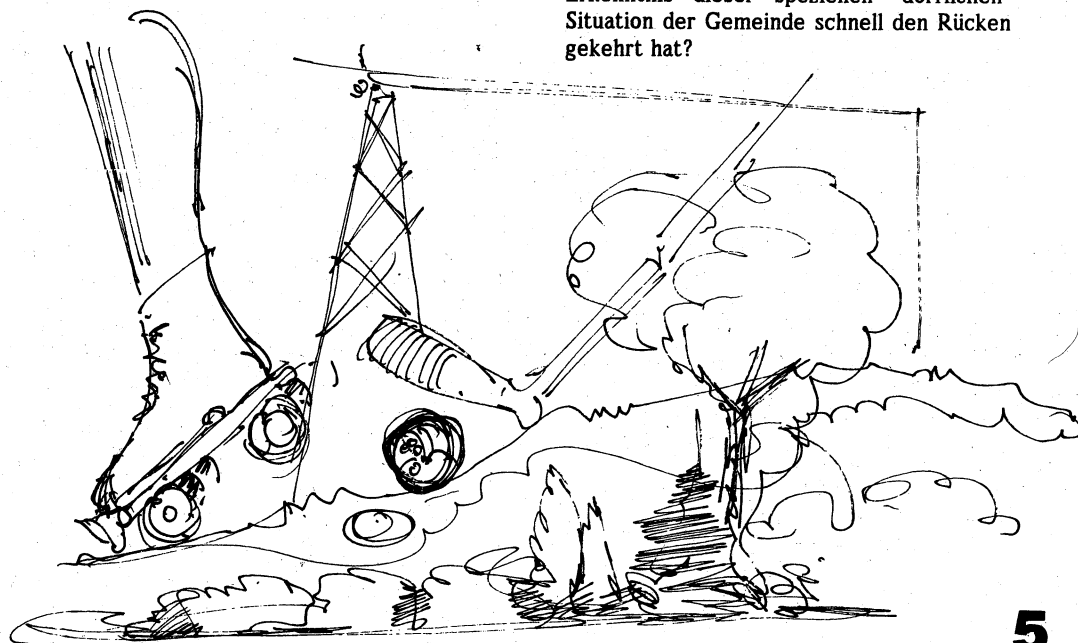
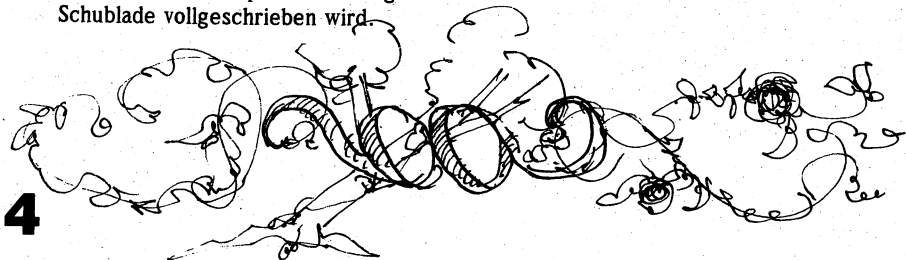
c. Immer häufiger kommt es zu den sogenannten "Dringlichkeitsentscheidungen". Hierbei wird einfach die Entscheidungskompetenz des Rates oder eines Ausschusses umgangen mit dem Argument: "Die Angelegenheit duldet keinen Aufschub mehr". Nicht ganz einsichtig bleibt diese Argumentation, wenn 5 Tage später der entsprechende Ausschub tagt. Dieser wird dann vor vollendete Tatsachen gestellt.

d. Sehr häufig hängt ja in Roetgen die Entscheidung über bestimmte Investitionen auch davon ab, welche Zuschüsse die Gemeinde von Kreis, Land, Bund, EG usw. erhält. Die Verhandlungsführung und Antragstellung obliegt dabei der Verwaltung. Da fragt sich das grüne Ratsmitglied doch manchmal, wie es kommt, daß etwa für eine Ortskernsanierung riesige Zuschußsummen bewilligt werden, der Bau von Radwegen aber auf sich warten läßt, obwohl auch hierfür angeblich große Landes- und Bundesprogramme aufgelegt sind. Die Entscheidungen werden hier rein auf der Verwaltungsebene getroffen, ohne daß die Kommunalpolitiker Einfluß nehmen können.

e. Auch die Roetgener Verwaltung überschreitet unserer Meinung nach ihre Kompetenzen, wenn sie Zuschüsse für Projekte beantragt, über die im politischen Raum noch gar nicht diskutiert worden ist. So soll angeblich jetzt in Roetgen der Bau einer Rollschuhbahn bezuschußt werden, die eigentlich keiner ernsthaft will. Oder die Verwaltung bringt von sich aus die Anlegung eines Golfplatzes zur Sprache, der "die übergreifende Funktion der Wiesen, Äcker, Flurhecken und Wälder als ökologischen Lebensraum sichern soll", ohne daß der Rat hierzu bisher eine Stellungnahme abgegeben hat.

f. Drei Gemeindedirektoren innerhalb von 5 Jahren. Hieraus kann man wohl schließen, daß sie sich schwer verwalten läßt, die Gemeinde Roetgen. Auch wenn es Spekulationen sind, sollen sie nicht unerwähnt bleiben:

Könnte nicht die Existenz von personellem Klüngel zwischen Verwaltungs-, Rats-, Vereins- und Geschäftsebene dazu geführt haben, daß der eine überfordert war und schließlich gehen mußte und der andere in Erkenntnis dieser speziellen "dörflichen" Situation der Gemeinde schnell den Rücken gekehrt hat?



Falls er existiert, dieser Klüngel, kann man als Verwaltungschef überhaupt bestehen, ohne sich da herauszuhalten? Die Gefahr ist zumindest sehr groß, daß man selbst in den Sog solcher informellen Kreise gerät. Und wer kann dann schon seine eigenen persönlichen Interessen zurückstellen?

Die Zukunft

Die Erfahrungen der letzten 5 Jahre bestätigen uns in der Auffassung, daß eine starke GRÜNE Fraktion im Roetgener Gemeinde-

parlament unbedingt erforderlich ist, um einerseits die konservative Grundeinstellung, die bislang die Kommunalpolitik beherrscht hat, aufzubrechen und andererseits die Position des Rates gegenüber der Verwaltung durch mehr und bessere Kontrolle zu stärken.

Oberstes Ziel bleibt dabei die Ablösung der CDU als Partei, die mit absoluter Mehrheit innerhalb des Rates und Hand in Hand mit einer CDU-orientierten Verwaltungsspitze die Geschicke der Gemeinde Roetgen in der Vergangenheit gelenkt hat.

Für die GRÜNE-Fraktion

Klaus-Peter Kegel

Fairplay im Wahlkampf !

Rückt ein Wahltermin näher, so werden die Parteien aktiv. Jetzt muß geklotzt werden, aber fair muß man dabei bleiben, versteht sich.

Was heißt hier fair ?

Das Wort "fair" wird im Fremdwörter-Duden u.a. mit "anständig; sportlich sauber; ehrlich" erklärt. Geht es immer so zu in unseren Wahlkämpfen? Haben Sie die Wahlpropaganda der vergangenen Jahre durchweg als "anständig und ehrlich" im Gedächtnis? Manch einer von Ihnen hat vielleicht die eine oder andere Wahlanzeige aus der Zeitung aufgehoben oder ein paar Wahlpropagandazettel verwahrt, um nachprüfen zu können, was von den vielen Versprechungen der Parteien später wahrgemacht wird. Wählt man nur die richtige Partei, ist die Zukunft immer rosig. Der jeweilige Gegner wird total abgewertet. Wählt man eine dieser gegnerischen Parteien mit der Aussicht auf bestimmte farbige Koalitionen, dann wäre Deutschland dem

Untergang geweiht: Die Wirtschaft bräche zusammen, der Klassenkampf entflammte erneut, Chaos, Terrorismus und Anarchie brächen über uns herein. Solche pauschalen Parolen lassen sich zur Wahl (oder auch sonst, wenn's nötig erscheint) von "oben" leicht ausgeben. Das Ausmalen der entsetzlichen Gefahren, die uns drohen, wenn wir nicht der XYZ-Partei zum Sieg verhelphen, dient natürlich dazu, diese Partei in besonderem Glanz erscheinen zu lassen. Die eigenen Mißerfolge lassen sich gut kaschieren, wenn man einen Gegner (er)findet, der tief unter einem steht. Eine im Leben häufig angewandte, primitive Methode, um sich anderen überlegen zu fühlen.

Solche Angriffe werden pauschal geäußert und richten sich meist nicht gegen konkrete Personen. Bei Kommunalwahlen ist das ja auch nicht so einfach. Im kleinen, überschaubaren Gebiet, im Stadtviertel oder in der ländlichen Gemeinde, wo man einander kennt oder doch leicht kennenlernen kann, lassen sich solche Beschuldigungen nicht aufrecht erhalten.

Beliebte Schmähungen

An dieser Stelle möchte ich einige der beliebtesten Schmähungen aufzählen:

Chaoten

Häufig erwähnt werden die Chaoten. Die sind schwer zu definieren. Sind das die mit den lila und grünen Haaren? Aber nach verbreitetem Sprachgebrauch doch auf jeden Fall die mit den grünen Ansichten. Oder könnten es nicht doch eher die Raser in ihren Blechkisten sein, die durch unsere Wohnstraßen düsen, das Überholverbot mißachten und die uns auf der Autobahn mit der Lichthupe nerven.

Utopisten

Nicht außer Acht lassen dürfen Sie die Utopisten. Sind die nicht schon fast gefährlich? So immer an der Realität vorbeizuschliddern, das muß doch schiefgehen. Diese Leute bringen nur Unruhe, immer wollen sie etwas verändern. Früher, da wollten sie z.B. die Sklaverei abschaffen. Sie meinten, alle Menschen müßten frei sein. Aber das hat ja nicht einmal die Französische Revolution auf Anhieb geschafft. Und heute, da gibt es Menschen, die meinen, man sollte es doch einmal mit der Bergpredigt versuchen, und man sollte auf die atomare Abschreckung verzichten. Haben uns nicht unsere "Oberen" im Bundestag schon des öfteren gesagt: So etwas ist unrealistisch. Da stürzen sich doch unsere Feinde sofort auf uns.

Aber wie paßt die neue Entspannungspolitik und die Begeisterung für Gorbatschow, die ihm bei seinem Besuch in der BRD entgegen-schlug, zu dem alten Feindbild?



Kommunisten

Die Kommunisten fehlen noch in unserer Liste. Das sind so ganz verdächtige Leute, die die Weltherrschaft erringen wollen und die hier bei uns, sobald es geht, die Verfassung außer Kraft setzen würden. Merkwürdig - in manchen europäischen, demokratisch regierten Ländern sitzen oder saßen sie im Parlament, und noch immer gilt dort die jeweilige Verfassung. Ich glaube, "Kommunist" wird jetzt als Schimpfwort erst mal außer Kraft gesetzt werden. Was soll man sonst zu Gorbi sagen?

Radikale

Die größte Gefahr droht uns von den Radikalen. Die werden auch in letzter Zeit am häufigsten genannt. Es gibt sie links und rechts, und sie sind supergefährlich (besonder die links von uns). Wenn man einen politischen Gegner besonders hart treffen will, dann bezeichnet man ihn als "radikal". Die Mühe, dieses Wort näher zu erklären, muß man sich dabei gar nicht mehr machen. Das Wort ist zur Zeit in unserer Sprache negativ besetzt. Unter einem Radikalen stellen wir uns nicht einen sanftmütigen, friedfertigen Menschen vor, sondern einen, der vor Gewalt nicht zurückschreckt, der zerstören will, der extrem anders denkt und handelt als wir Normalbürger. So kriegen wir es auch Tag für Tag durch die Medien vorgesetzt, und so hat sich der Begriff eingeprägt.

Ich meine, es wäre an der Zeit, dieses Wort im ursprünglich positiven Sinne zu gebrauchen: Zuvor will ich noch einmal den Fremwörter-Duden bemühen. Dort wird erklärt: radikal = an die Wurzel gehend. Radikal ist also jemand, der sich gründlich informiert, eben einer Sache auf den Grund und an die Wurzeln geht. Wer im politischen Sinne radikal ist, hat erkannt, daß wir Menschen dabei sind, unsere Lebensgrundlagen selbst zu zerstören und daß wir keine Zeit verlieren dürfen, diese Zerstörung aufzuhalten, wenn wir überleben wollen. Radikal sein, heißt deshalb, auf vielen Gebieten grundlegend umzudenken und nach den gewonnenen Erkenntnissen zu handeln.

Natürlich sind wir alle keine Radikalen in diesem Sinne. Umdenken, das mag schon sein, aber sein Leben umzustellen, das fällt uns doch schwer. Da müßte man auf liebe Gewohnheiten und manche Bequemlichkeit verzichten. Man müßte für Veränderungen eintreten und machte sich dabei unbeliebt. Ich meine, jeder sollte wenigstens einige Schritte in diese Art von Radikalität wagen.

Es wird uns letzten Endes auch nichts anderes übrig bleiben, wenn wir uns und den kommenden Generationen diese Erde als Lebensraum erhalten wollen.

Kommunalpolitische Utopie

Zum Schluß möchte ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, meine Utopie von politischer Gemeindearbeit vorstellen:

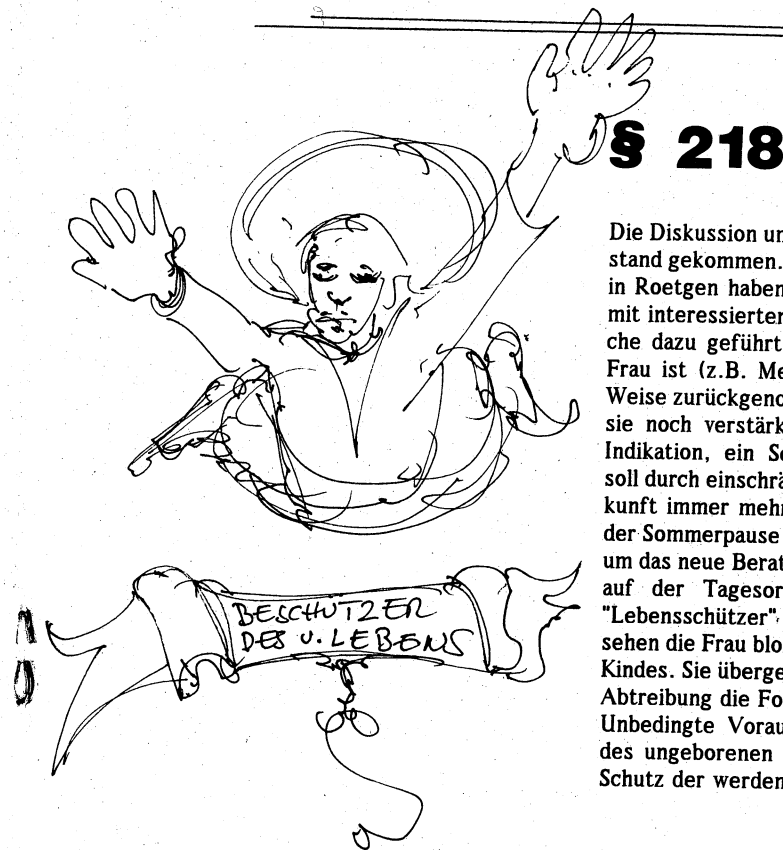
Bei Kommunalwahlen geht es nicht mehr darum, einer bestimmten Partei zum Sieg zu verhelfen, sondern darum, besonders fähige Menschen im Gemeinderat zu versammeln. Auf Schaumschläger, kleine Herrscher, Alleswisser, Lobbyisten oder gar Märtyrer (die Familie und Erholung für's Gemeinwohl opfern) können wir verzichten. Was wir brauchen, sind Menschen, die Sachkenntnis haben oder die gewillt sind, sich diese anzueignen. Wir brauchen Menschen, die wissen, daß ihr eigenes Wohl immer auch vom Wohl anderer Menschen und vom Wohl unserer Umwelt abhängt. Wir brauchen Menschen, die kritikfähig sind, die aber auch selbst Kritik ertragen und daraus lernen können. Sie sollten überzeugt sein, daß die Wahrheit nicht von einer Partei gepachtet sein kann, ja, daß es die Wahrheit in der Politik nicht gibt.

Der Gemeinderat wäre dann ein Arbeitsteam, in das jedes Mitglied sein bestes Wissen und Können einbringt. Dann wäre es nicht mehr nötig, sich mit Hilfe der Geschäftsordnung gegenseitig auszutricksen, oder bei Debatten unbedingt das letzte Wort zu haben, wo doch schon alles gesagt ist. Dann könnte auch ein Ratsmitglied ohne Scheu mal eingestehen, daß es über das gerade verhandelte Thema zu wenig weiß und andere bei weitem sachkundiger sind. Dann könnte Kritik sachlich bleiben mit dem Anspruch, daß alle gemeinsam aus Fehlern lernen.

Schließlich stelle ich mir vor, daß Bürgerbeteiligung in den Kommunen erst richtig in Gang gesetzt wird. Die Ratsarbeit ist ja kein Selbstzweck, sondern soll dem Bürger dienen. Wenn den Bürgern das Gefühl genommen wird, daß "die da oben" doch machen, was sie wollen, dann würden sicher mehr Bürger als bisher bereit sein, Verantwortung zu übernehmen, ihre Erfahrungen einzubringen und Vorschläge für die Ratsarbeit zu machen. Die lächerliche "Fragestunde (eher -minute!) für Einwohner", die alle paar Wochen als Schlußlicht im Nebel der Tagesordnung als Ziel für den frustriert ausharrenden Bürger winkt, könnte dann vielleicht in eine wirkliche Bürgerdebatte und Vorschlagsstunde umgewandelt werden.

Bestimmt wird es Leserinnen und Leser geben, die mich - immer noch abschätzig gemeint - als realitätsfremde Träumerin bezeichnen werden. Das macht mir nichts aus. Wenn die Gemeinde Roetgen mit ihren drei Ortschaften weiterhin ein lebenswerter Ort bleiben soll, dann müssen dort auch freundliche Träume erlaubt sein. Ich bin sogar optimistisch und hoffe, daß es Schritte zur Verwirklichung dieser Utopie geben wird.

Addi Scholz



Die Diskussion um den § 218 ist nie zum Stillstand gekommen. Auch Frauen der GRÜNEN in Roetgen haben in letzter Zeit zusammen mit interessierten Frauen intensive Gespräche dazu geführt. Die Diskriminierung der Frau ist (z.B. Memmingen) noch in keiner Weise zurückgenommen, sondern eher droht sie noch verstärkt zu werden. Die soziale Indikation, ein Schritt zur Liberalisierung, soll durch einschränkende Maßnahmen in Zukunft immer mehr erschwert werden. Nach der Sommerpause steht im Bundestag wiederum das neue Beratungsgesetz der CDU/CSU auf der Tagesordnung. Die sogenannten "Lebensschützer" machen es sich einfach und sehen die Frau bloß als Hülle des werdenden Kindes. Sie übergehen die Tatsache, daß eine Abtreibung die Folge einer Notsituation ist. Unbedingte Voraussetzung für den Schutz des ungeborenen Kindes kann also nur der Schutz der werdenden Mutter sein.

Helfen statt Strafen

Grundlage jeglicher Überlegungen sollte demnach das Recht der Frauen auf die Erhaltung ihrer Würde und ihrer Entscheidungsfreiheit sein und nicht das Recht des Staates, Frauen Vorschriften in der Frage des Kinderkriegens zu machen. Auch ÄrztInnen oder andere haben nicht über Abbruch oder Fortsetzung einer Schwangerschaft zu entscheiden. Die GRÜNEN sind nicht für Abtreibung, aber für Entscheidungsfreiheit statt Bevormundung und für Helfen statt Strafen.

Mit den GRÜNEN im Bundestag und in der Gesamtpartei fordern wir anstelle der Verschärfung des § 218 und des geplanten Beratungsgesetzes die ersatzlose Streichung des § 218 und die völlige Ablehnung eines aufgezwungenen Beratungsgesprächs!!

Positive Maßnahmen

Folgende Maßnahmen erscheinen uns wirkungsvoller und geeigneter, die seit Jahren festgefahrene Situation positiv zu beeinflussen:

Ernsthafte, einfühlsame und tiefgreifende Aufklärung im Bereich Sexualität, Empfängnisverhütung und Schwangerschaft vor allem im Schulbereich; die Tragweite einer ungewollten Schwangerschaft sollte verdeutlicht und Maßnahmen zur Verhinderung klar aufgezeigt werden.

Finanzielle, soziale und psychische Betreuung während der Schwangerschaft; im Falle einer ungewollten Schwangerschaft sind auf die individuelle Situation der Betroffenen ausgerichtete Lösungen zu suchen, eine anhaltende Betreuung auch über die Zeit der Schwangerschaft hinaus sollte gewährleistet sein.

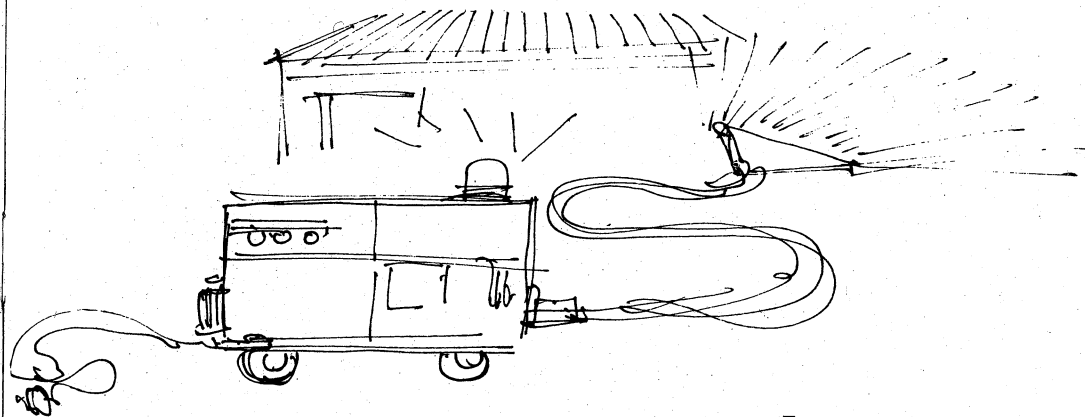
Selbstbestimmung der Frau ermöglichen bedeutet auch, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die eine Entscheidung für ein Kind zulassen!

Es ist dringend erforderlich, die Position von Frauen mit Kindern zu stärken. Folgende Maßnahmen halten wir u.a. für geeignet:

- 1) Anerkennung der Erziehung von Kindern als vollwertige Arbeit und entsprechende Entlohnung; ausreichende finanzielle Absicherung bietet jeder Frau die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie außerhalb des Hauses im Beruf tätig sein möchte oder ob sie sich ausschließlich den Kindern widmen möchte.
- 2) Berücksichtigung der familiären Situation mit Kindern bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß und Schaffung flexibler Arbeits- und Ausbildungsplätze für berufstätige Mütter.
- 3) Erschwingliche Wohnungen, die die Bedürfnisse von Kindern stark berücksichtigen und nachbarliche Beziehungen fördern, so daß Kontakte zwischen Müttern, Kindern und Vätern ermöglicht werden.

Die Schaffung besserer Bedingungen für ein Leben mit Kindern und Hilfe für Frauen und Männer in schwierigen Situationen ist eine Aufgabe, die schon in der Gemeinde angepackt werden muß. Näheres dazu können Sie in unserem Programm für die zukünftige Kommunalpolitik in Roetgen lesen.

Helga Quick und Brigitte Mensah



"Untenrum" sauber

In jedem besseren Baustoffmarkt wird es angeboten: des deutschen Saubermannes neues Spielzeug - **der Hochdruckreiniger**. Was früher nur in Werkstätten mit gesetzlich vorgeschriebener Spezialeinrichtung (sog. Ölabscheidern im Wasserabfluß) erlaubt war, benutzt der für seine Reinlichkeit berühmt - berüchtigte Deutsche nun jede Woche: er wäscht sein Auto und auch den Motor mit diesem Spezialgerät.

Zwar ist Sauberkeit an sich ja nichts schlechtes, und so ist anzunehmen, daß der Hochdruckreiniger zunächst mal mangels technischer Informationen benutzt wird in gutem Glauben, damit das Beste für das geliebte Statussymbol AUTO zu tun. Auch liegt man damit ganz im modischen Trend, gegen den auch nicht immer Grundsätzliches einzuwenden ist.

Nach einiger Überlegung müßte aber dann Herr Saubermann feststellen, daß er wieder mal ein Opfer der Werbetricks der Industrie geworden ist - zum eigenen und zum Schaden der Umwelt.

1. Das ach! so saubere Auto weist nach einiger Zeit gravierende Schäden auf, z.B. an den ungeschützten Schmierstellen, die nicht für den "Hochdruckbeschuß" konstruiert

sind, und auch an dem nicht unwichtigen Unterbodenschutz.

2. Ölverschmutzungen an Motorteilen, die auf Defekte hinweisen würden, werden laufend fortgewaschen, d.h. nicht erkannt und folglich nicht repariert.

3. Mit schöner Regelmäßigkeit werden immer größere Ölmengen per Wasserhochdruck in die gemeindliche Kanalisation befördert, denn auch ölverschmutzte Fliesen vor den Garageneinfahrten spritzt Herr Saubermann schnell und problemlos ab. Die Kosten trägt die Allgemeinheit!

4. Gewerbliche Betriebe, die per gesetzlicher Auflage für eine umweltgerechte Entsorgung (Ölabscheider) des ölhaltigen Wassers haften, haben das Nachsehen und verlieren eine legitime Einnahmequelle.

Was tun? Zunächst appellieren wir GRÜNEN an den Verstand und die Einsicht aller Mitbürger - wir raten zum Verzicht auf aberwitzige Sauberkeitsorgien bei der Autopflege. Wir fürchten allerdings, daß es bei der Lösung dieses Problems langfristig nicht ohne gesetzliche Regelung abgehen wird und werden versuchen, eine solche in Gang zu setzen.

Volker Commichau

Mein neues Leben als Umsteiger

Nach nunmehr 32 Jahren recht intensiver Autofahrerkarriere entschloß ich mich, der immer größeren täglichen Qual mit dem Auto zur Arbeit und zurückzufahren, ein Ende zu setzen. Die jugendliche Begeisterung der 60er Jahre, die auch oft schnellen Fahrten der 70er waren täglichen 1.5 Stunden echter Arbeit gewichen.

Als Ausweg bot sich der öffentliche Bus an, der zu recht ähnlichen Zeiten die gleiche Strecke fährt. Also verkaufte ich mein Auto, um einer allzu plötzlichen Umkehr den Weg zu verbauen. Die ersten Tage waren ungewohnt. Nach knapp 10 Minuten Fußweg steigt man in einen Bus und hat nichts mehr zu tun...kein Vordermann, der unerwartet bremst...kein Hintermann, der drängelt...kein usw. Die Ankunft am Arbeitsplatz ergibt sich zur gleichen Zeit wie die der Kollegen, aber ich bin ausgeruhter !

Nach einigen Tagen wird es am Arbeitsplatz ruchbar : Der fährt mit dem Bus ! Es kommen die ersten vorsichtigen Fragen : Auto kaputt ?? Führerschein weg ?? Krank geworden ?? Finanzielle Probleme ?? Als alle derartigen Fragen verneint werden, erhebt sich ein ungläubiges Stauen und bei manchem Gesprächspartner (hoffentlich) auch etwas Nachdenklichkeit, besonders weil ich über lange Jahre als recht engagierter Autofahrer galt !

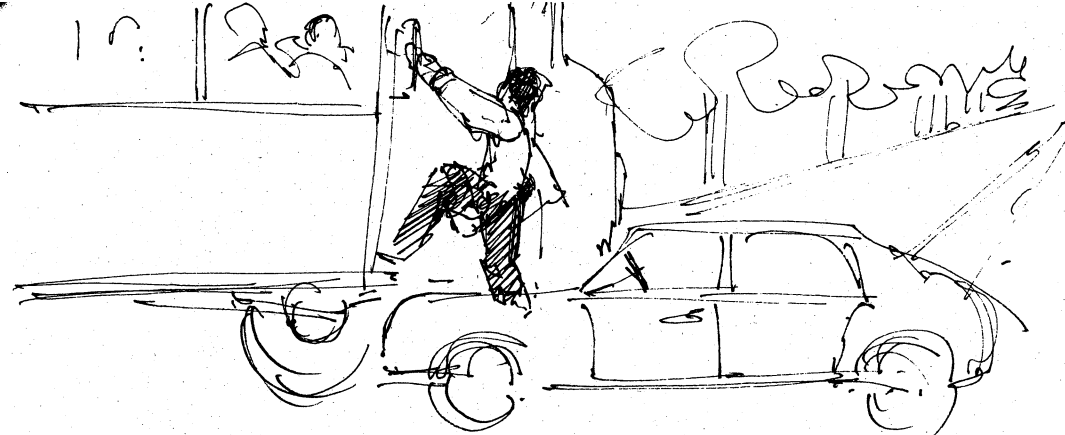
Die Gegenreaktion läßt dann auch nicht lange auf sich warten. Die Fahrkarte sei zu teuer, ist die erste Feststellung. Keiner hatte in den letzten Jahren ehrlich die wirklichen Kosten ermittelt, die er sich selbst aufbürdet, um mit seinem Auto an den Arbeitsplatz zu kommen.

Die Fahrtzeit sei zu lang. Auch hier stimmen die Zeiten nur teilweise, denn ich komme im Bus sehr ausgiebig zum Lesen, einer heute allgemein immer seltener gewordenen Beschäftigung. So ist die Hinfahrt mit 35 Minuten keineswegs eine ewige Warterei auf die Ankunft, dann steige ich um und bin nach weiteren 8 Minuten dort, wo ich sonst zur gleichen Zeit aus dem eigenen Auto stieg.

Als ein ebenso häufiges Argument werden die Taktzeiten der Busse angeprangert. Dies ist nur zum Teil gerechtfertigt. Sicher muß man einen kleinen Teil seiner persönlichen Freiheit aufgeben. Man kann nicht zu jeder beliebigen Zeit erwarten, eine Busverbindung vorzufinden. Ist aber diese Einschränkung so wesentlich, verglichen mit den positiven - auch Umwelt -Aspekten? Kein Dreiwege-Katalysator kann die Luft so gut sauberhalten wie ein Bus, der die Autofahrten vieler Einzelpersonen ersetzt.

Sicher hat der öffentliche Nahverkehr, besonders im Eifelvorland, manche Schwächen. Im Vergleich dazu hat eine gleichgroße Stadt, z.B. Genf, in der ich gelegentlich beruflich zu tun habe, einen wesentlich besseren und preiswerteren Nahverkehr. Aber bitte, nutzen Sie das bestehende Angebot und machen Sie dann Verbesserungsvorschläge ! Jedes Auto weniger macht morgens und abends auch die Busse schneller.

Volker Commichau



Offener Brief an die Geschäftsstelle des Bahnbus Rheinland

Sehr geehrte Damen und Herren !

Immer wieder gibt es unnötige Verärgerung Ihrer Buskunden. Beim täglichen Fahren und beim Fahrkartenkauf passiert es häufig, daß dem umweltfreundlichen, energiebewußten Fahrgast Unannehmlichkeiten entstehen, die durchaus vermeidbar wären:

1. Manchen Busfahrern bereitet es Schwierigkeiten, genaue Auskunft an Haltestellen zu geben oder Preise richtig zu berechnen. Eine sorgfältige Einarbeitung, auch der Fahrer von Subunternehmen, könnte hier Abhilfe schaffen.
2. Die Informationspolitik des AVV ist verbesserungsbedürftig: Änderungen während des laufenden Jahres werden nicht öffentlich bekannt gemacht. Eine Notiz in der örtlichen Presse, evtl. auch an den betroffenen Haltestellen, könnte jedoch über Änderungen informieren.
3. Gerade für den neu eingerichteten Schnellbus steht wohl nur ein altes, unansehnliches Modell zur Verfügung. Gutausgestattete, moderne Busse könnten das Fahren wesentlich angenehmer gestalten und gleichzeitig für die Schnellbuslinie werben.
4. Obwohl die Busse, die Roetgen durchfahren, zum Teil gleiche Nummern tragen und manchmal sogar zur gleichen Zeit abfahren (Linie 66), bedienen sie doch unterschiedliche Strecken. So muß der Kunde oder die Kundin nachfragen, ob er oder sie nun auch in den richtigen Bus einsteigt: ein lästiges, zeitraubendes Unterfangen, das unnötig wäre, wenn z.B. die Linie 66 mit dem Zusatz "über HBF" oder "über Brand" gekennzeichnet würde.
5. In Roetgen gibt es keine Verkaufsstelle für Fahrkarten. Wir halten es für erforderlich, daß auch hier mindestens eine Verkaufsstelle eingerichtet wird.
6. Schülerbusse sind oft unerträglich voll. Kinder und Jugendliche, die möglichen Buskunden von morgen, bezahlen jedoch auch den vollen Preis und müssen sich oft mit schlechten, alten Bussen und bedrückender Enge zufrieden geben. Es ist nicht verwunderlich, wenn sie so schnell wie möglich auf den eigenen PKW umsteigen. Ein zusätzlicher Mittagsschnellbus nach der 5. und 6. Schulstunde für Roetgen und Rott könnte Abhilfe schaffen. Finanziell müßte er bei den Preisen, welche die Schülerjahreskarten kosten "drin sein".

7. Ein Gesamtkonzept für Busse mit einheitlicher Streckenführung und regelmäßigen Abfahrtszeiten würde das Busfahren erleichtern.

8. An den Bushaltestellen könnten Fahrradständer eingerichtet werden, denn Roetgen ist weitläufig, und manchem ist der Fußweg zur Bushaltestelle zu beschwerlich und zeitraubend.

9. Es muß endlich ein Weg gefunden werden, daß auch die Roetgener Bevölkerung in den Genuß einer übertragbaren, billigen Umweltkarte kommt. Viele ärgern sich darüber, daß sie mehr als den doppelten Fahrpreis der Aachen-Karte für ihre Monatstreckenkarte berappen müssen.

Wir hoffen, daß unsere Bemerkungen als konstruktive Kritik empfunden werden und würden uns freuen, wenn es in Zukunft noch mehr zufriedene Busfahrgäste gäbe.

Mit der Bitte um Antwort verbleibe ich mit freundlichem Gruß

Katharina Ständer (i.A. der Verkehrsgruppe der GRÜNEN Roetgen)

... und koste es, was es wolle

Unsere letzte Berichterstattung zum Thema Kindergarten veröffentlichten wir im Informationsblatt der GRÜNEN im Oktober 88. Damals wußten wir noch nicht, wie sehr die Politiker die Bürgerinnen und Bürger übers Ohr hauen werden.

Der Kreis zahlt für die AWO

Inzwischen haben wir erfahren, daß der Kreis Aachen der Arbeiterwohlfahrt für den Umbau einer angemieteten Gewerbehalle zum Kindergarten heute voraussichtlich 447.330,- DM geben wird. 1988 rechnete man noch mit 360.000,- DM. Darüber hinaus bezahlt der Kreis Aachen für diese leere, noch nicht einmal im Umbau begriffene Halle bereits seit Juli 89 eine Miete von monatlich 1500,- DM (!) bis zur Fertigstellung des Kindergartens. Wer nun Schuld an der Verzögerung des Umbaus hat, ist nicht klar, denn die AWO sucht den Schuldigen bei der Verwaltung des Kreises. Der Kreis weist jedoch alle Beschul-

digungen zurück. Nach Fertigstellung des Kindergartens beträgt die monatliche Miete ca. 2000,- DM, wovon der Kreis Aachen und das Land NRW jeweils etwa die Hälfte tragen. Laut Beschluß vom 21.6.89 des Jugendwohlfahrtsausschusses braucht die AWO keinerlei Kosten zu tragen.

... und für die Katholische Kirche

"Schon" ein Jahr nach dem Beschluß des Kreises Aachen, den Zuschlag für 3 Kindergarten- gruppen zwischen Katholischer Kirche und AWO aufzuteilen, legt nun die Katholische Kirche endlich die Karten auf den Tisch. Ihre ersten Berechnungen für die Erweiterung und Dachsanierung des Kindergartens bewegten sich um 450.000,- DM. Davon sollte der Kreis 250.000,- DM übernehmen. Heute liegt dem Kreis Aachen ein Antrag über 540.200,- DM Gesamtkosten vor, von denen 361.260,- DM übernommen werden.

Fast eine Million

Die Gesamtsumme für den Kreis Aachen beträgt damit für die reinen Umbaumaßnahmen bis jetzt 808.590,- DM. Bei ungünstiger Kostenentwicklung muß mit 1 Million DM gerechnet werden.

Sparen war nicht angesagt

Die geschätzten Umbaukosten der Elterninitiative für eine Gruppe in einem schönen Fachwerkhaus betrugen für den Kreis 175.000,- DM und ca. 20.000,- DM für die Einrichtung. Gesparte Kosten im Vergleich zum Kindergarten der Katholischen Kirche: 166.260,- DM. Für dieses Geld hätte der Kreis z.B. dieses idyllische Fachwerkhaus, umgeben von einem schönen Garten, sogar kaufen können.

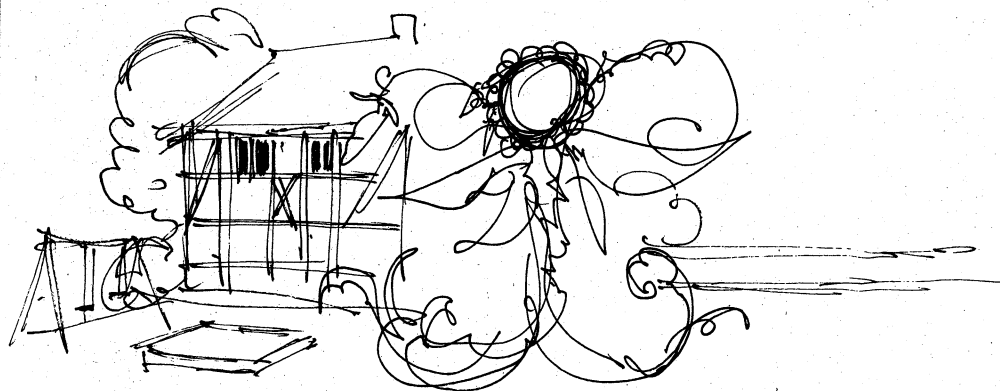
Eine Hand wäscht die andere

Außerdem hätte der Kindergarten der Elterninitiative im Herbst 88 eröffnet werden kön-

nen. Laut Rechtslage ist der Kreis verpflichtet, die notwendigen Kindergartenplätze bereitzustellen. Dieser Pflicht ist der Kreis Aachen seit mindestens zwei Jahren nicht nachgekommen - unbegreiflich, obwohl doch unser Angebot bestanden hat. Ein solche Entscheidung ist nur möglich, weil in dieser großen Koalition SPD/CDU eine Hand die andere wäscht. Wo bleiben die Prinzipien der CDU aus ihrem Programm, Initiativen zu unterstützen?

In den nächsten Tagen werden wir dem Landesrechnungshof die Sachlage und Kostenberechnungen mitteilen, da nun alle Anträge beschlossen sind und die Zahlen vorliegen. Wir hoffen, daß die Wählerinnen und Wähler den beiden Koalitionsparteien im Kreis Aachen die Quittung für ihr sorgloses Umgehen mit Steuergeldern und die Mißachtung der Interessen der Kinder und Eltern geben werden.

Helga Quick und Gerd Pagnia



Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband DIE GRÜNEN Roetgen, Rosentalstraße 77
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Klaus-Peter Kegel
Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autorinnen und Autoren.
Redaktionsschluß: Montag, der 21.08.1989

Die letzten Gerüchte

Wohnungsnot

Die neuesten Nachrichten sagen uns, daß aus der DDR geflüchtete Bürger auch zu uns nach Roetgen kommen werden und daß der stellvertretende Gemeindedirektor Koch keine Schwierigkeiten sieht, sie unterzubringen. Hotelzimmer und einige private Wohnungen stehen bereit. Wir GRÜNEN sind erfreut, daß dies so reibungslos möglich ist. Eines aber stimmt uns sehr bedenklich:

Als zum Firmungstermin (Mai 89) Bischof Hemmerle auch von der Gemeindeverwaltung im Beisein aller Fraktionsvorsitzenden zum Gespräch gebeten war, stellte Herr Koch als eine der größten Sorgen Roetgens die 125% Überbelegung unseres Ortes mit Asylbewerbern heraus. Wohnungen und Unterkünfte wären nicht zu bekommen. Auch die Bemühungen der Kirchen hätten nichts genutzt.

Ein fast noch größeres Problem ist es aber für Herrn Koch, wie er Bischof H. freimütig erklärte, daß es in Roetgen Leute gebe, die die Asylbewerber ständig so besonders genau über alle ihre Rechte informieren. Unser grüner Vertreter zog den Schluß bei diesem offenen Gespräch: Roetgen braucht endlich Bemühungen für den sozialen Wohnungsbau, durch eigene Anstrengungen und wenn möglich auch durch die Hilfe der Kirchen. Ein entsprechender Antrag der GRÜNEN wurde jetzt im Hauptausschuß einstimmig verabschiedet.

Grünes Fazit: Asylbewerber, DDR-Flüchtlinge, Aussiedler, aber auch unsere wohnungsuchenden jungen Menschen in Roetgen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

U. S.

Woche des ausländischen Mitbürgers

Vom 24.9. - 30.9. findet in der ganzen Bundesrepublik die **"Woche des ausländischen Mitbürgers"** - am 30.9. speziell der **"Tag des Flüchtlings"** statt. Alle Kirchen und die Gewerkschaften bereiten diese Woche jedes Jahr gemeinsam vor und haben auch dieses Jahr unter Herausgabe sehr guten Infomaterials dazu aufgerufen.

Weil uns GRÜNEN dies als ein sehr wichtiges Anliegen - auch für Roetgen - erscheint, haben wir am 10.8. in einem Brief an den Bürgermeister angeregt, daß - fernab von Parteienprofilierung und Wahlkampfgezänk - die Gemeinde die Jugendgruppen, Initiativen und Sozialverbände unterrichten und zu eigenen Aktivitäten aufrufen sollte. Bürgermeister Linzenich sollte für diesen Auftrag an die Gemeindeverwaltung einen einstimmigen Beschluß der Fraktionsvorsitzenden herbeiführen. Woran scheiterte dieser Vorschlag, nachdem Herr Linzenich zunächst nicht abgeneigt schien?

Die Verwaltung wehrte mit unglaublichen Gründen (Kosten, Arbeit, zu heißes Thema im Wahlkampf, Sache der Kirchen) ab, und die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP schlossen sich dem an. Ein weiteres Zeichen, daß diese Verwaltung viel stärker "an die Kandarre" genommen werden muß. Bleibt zu hoffen, daß die jungen Menschen und andere, wie z.B. die "Aktiven Demokraten" und die Kirchen trotzdem selbst etwas für und mit den Flüchtlingen unternehmen.

U.S.